Punktes, wann bei einer Tatsache das Kriterium der Erforderlichkeit ihrer Geheimhaltung gegeben ist, im Widerspruch zu dem im Art. 103 Abs. 2 des Bonner Grundgesetzes verankerten Grundsatz stehe, wonach eine Tat nur dann bestraft werden kann, wenn ihre Strafbarkeit vor bzw. zur Zeit ihrer Begehung mit Strafe bedroht war. Das Gesetz müsse die strafbare Handlung so umschreiben, daß die Rechtsunterworfenen die Folgen ihres Verhaltens abzusehen vermögen¹⁸.

Relativ weit erscheint die Fassung des Tatbestandes „landesverräterischer Nachrichtendienst“ in § 387 des ÖE gegenüber der entsprechenden Bestimmung des

8. StÄG. Dieser Tatbestand erfaßt auch Nachrichten aller Art, die im einzelnen nicht Staatsgeheimnisse sind. Nach dem westdeutschen Entwurf werden aber diese Fälle durch den unbestimmten, auf die Erforderlichkeit der „Gefährdung des Staatswohles“ abzielenden Geheimnisbegriff in Verbindung mit der sog. Mosaiktheorie¹⁹ erfaßt.

Die Stellung zu den Grundrechten der Meinungs- und Pressefreiheit

Aus der Gegenüberstellung der hauptsächlichsten „Staatsschutzbestimmungen“ ist ersichtlich, daß die Stellung der Entwürfe zu den Grundrechten der Meinungs- und Pressefreiheit unterschiedlich ist. Im ÖE 1964 gibt es keine Parallele zu der massiven Bedrohung des einzelnen, vor allem aber der Presse und anderer Massenmedien durch das im 8. StÄG projektierte Strafrecht. Das gilt insbesondere für die hochverräterische Werbung (§ 85 Abs. 1 Ziff. 1), die fahrlässige Förderung hochverräterischer Bestrebungen (§ 85 Abs. 1 Ziff. 2), die verfassungsverräterische Zersetzung (§ 93) und die Herstellung verfassungsverräterischer Publikationen (§94). Besonders gravierend ist der dem ÖE 1964 unbekannt strafrechtliche Schutz des „illegalen Staatsgeheimnisses“ im 8. StÄG; dem die Verfassung schützenden Publizisten steht hier lediglich ein Rechtfertigungsgrund bei Nachweis der Angemessenheit seiner Mittel und der Lauterkeit seiner Motive zur Seite (§ 99a Abs. 5).

Die sich aus der engen Verzahnung mit der gesamten Notstandsgesetzgebung ergebende Tendenz des 8. StÄG, jede nicht genehme Kritik an der friedensgefährdenden, antidemokratischen und antisozialen Politik der Bonner Regierung zu unterbinden und die freie Meinungsbildung weitgehend zu lähmen, erscheint besonders kraß angesichts der toleranten Haltung der westdeutschen Justiz gegenüber faschistischen Kriegsverbrechern und Massenmördern sowie rechtsradikalen Umtrieben. Sie läßt zweifelsfrei erkennen, daß das verschärfte westdeutsche „Staatsschutzrecht“ in dieser, der eigentlichen Zweckbestimmung des strafrechtlichen Staatsschutzes entsprechenden Richtung nicht wirksam werden soll.

Die Stellung zum Koalitions- und Streikrecht

Zum Koalitions- und Streikrecht bezieht der ÖE 1964 eine betont „neutrale“ Position. Er sieht keine ausdrückliche strafrechtliche Einflußnahme auf die Ausübung des Koalitions- und Streikrechts vor. Die Erläuterungen zum Besonderen Teil des Entwurfs gehen davon aus, daß Schädigungen, die sich als Folge einer Arbeitsniederlegung im Zuge eines legalen Lohnkampfes ergeben, als gerechtfertigt zu betrachten sind und daß deshalb der Streik nicht unter den Tatbestand der Erpressung oder der Nötigung fällt.²⁰ Sowohl die Kampfhandlungen der Arbeiter als auch Repressalien der Unternehmer, wie z. B. die Aussperrung, sollen durch das Strafrecht gleichermaßen nicht erfaßt wer-

ts Broda, a. a. O., S. 281.

¹⁹ Vgl. BGHSt. Bd. 7 S. 234.

²⁰ Entwurf eines Strafgesetzbuches samt Erläuterungen, Besonderer Teil, S. 111.

den. Lediglich wenn es im Zuge des Arbeitskampfes zu Übertretungen gegen die Sicherheit des Lebens, der Gesundheit, des Eigentums oder anderen unter das allgemeine Strafrecht fallenden Handlungen kommt, sollen die einschlägigen Strafvorschriften zur Ahndung solcher, mit einem Streik oder einer Aussperrung in keinem unauflösbaren Zusammenhang stehenden Straftaten angewendet werden²¹.

Die Entwicklung in Österreich ist also nicht mit der in Westdeutschland bereits praktizierten und in verstärktem Maße vorgesehenen Demontage und strafrechtlichen Unterminierung des Koalitions- und Streikrechts vergleichbar, wie sie insbesondere durch das 1964 erlassene, auch Strafbestimmungen enthaltende Vereinsgesetz ermöglicht wird²² bzw. durch das 8. StÄG ermöglicht werden soll.

In erster Linie gegen die Gewerkschaften, aber darüber hinaus gegen jede organisierte Opposition gegen die Politik des sozialen Abbaus, des Notstandes, der Atomrüstung und der Revanche gerichtet sind die Bestimmungen des Abschnittes „Staatsgefährdung“ im

8. StÄG. Durch die Erweiterung des bereits praktizierten strafrechtlichen Streikverbots in § 92 (staatsgefährdende Sabotage) durch eine Verwässerung der subjektiven Seite des Tatbestandes und eine Erweiterung des Schutzbereiches wird eine pseudorechtliche Handhabe geschaffen, das Streikrecht je nach Bedarf weiter einzuengen und ggf. ganz zu liquidieren. Man verspricht sich offensichtlich schon von der Existenz solcher Normen eine gewisse Abschreckungswirkung auf die Gewerkschaften.

Gemessen an der gewerkschaftsfeindlichen Konzeption des westdeutschen Strafrechts, enthält der ÖE 1964 progressive Ansätze. Sie sind aber keinesfalls ausreichend, um die Gewähr für eine strafrechtliche Sicherung dieser Grundrechte zu bieten, und in einigen Punkten stark verbesserungsbedürftig.

Der österreichische Arbeiterkammertag vertritt ebenfalls die Auffassung, daß kein Bedürfnis nach einer strafrechtlichen Einflußnahme innerhalb der Bereiche der Ausübung des Koalitionsrechts bestehe, auch nicht für die Vorgänge, die normalerweise mit dem Ablauf von Arbeitskämpfen verbunden sind. Auch er verweist auf die allgemeinen Strafbestimmungen des Besonderen Teils, falls es dabei zu Exzessen kommt²³. Im übrigen beruft er sich auf die freiwilligen Interessenvertreter der Arbeiter, die im allgemeinen in der Lage seien, den Rechtsschutz auf dem Gebiet des Arbeitsvertragsrechts ausreichend zu gewährleisten, und auf die im Entwurf des Arbeitsgesetzbuchs konzipierte Einrichtung eines kollektiven Klagerechts. Soweit Strafvorschriften im Bereich des Arbeitsschutzrechts notwendig sind, sollen diese zusammen mit den entsprechenden Verwaltungsstrafbestimmungen in den Spezialgesetzen untergebracht werden²⁴.

Zu Recht erscheint dem Arbeiterkammertag der strafrechtliche Schutz der Ausübung des Koalitionsrechts vor staatlichen Eingriffen unter mißbräuchlicher Anwendung des Strafrechts unzureichend. Um zu verhüten, daß von dieser Seite her in das als Grundrecht anerkannte und durch internationale Konvention gesicherte Koalitionsrecht eingegriffen wird, hat er vorgeschlagen, in Verbindung mit den Bestimmungen über Nötigung und Erpressung deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß der Arbeitskampf davon nicht berührt wird²⁵. Wie wichtig eine solche Absicherung vor mißbräuchlicher Anwendung des Strafrechts durch reaktionäre Kräfte

²¹ Ebenda.

²² vgl. Pfannenschwarz/Sehnel, „Fußfängeln für die Vereinigungsfreiheit (Zum neuen Bonner Vereinsgesetz)“, NJ1964 S. 471 ff.

²³ österreichischer Arbeiterkammertag, a. a. O., S. 22.

²⁴ österreichischer Arbeiterkammertag, a. a. O., S. 20 ff.

²⁵ österreichischer Arbeiterkammertag, a. a. O., S. 154 ff.